

**Autor:** Von Mona Grosche  
**Seite:** 17  
**Ressort:** Inland

**Ausgabe:** Neues Deutschland Berlin-Ausgabe  
**Gattung:** Tageszeitung  
**Auflage:** 43.864 (gedruckt) 37.349 (verkauft)  
 37.717 (verbreitet)

**Rubrik:** Berlin-Ausgabe

## Quoten sind nicht alles

### Gewerkschaften fordern Gleichstellung als politische Querschnittsaufgabe

Trotz positiver Bilanz der Wirtschaft ist Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt noch in weiter Ferne. Denn neben den derzeit viel diskutierten Quoten für Chefetagen und Aufsichtsräte mangelt es vor allem an der Basis an Gleichstellung.

Silke Bremer hatte Glück – nach relativ kurzer Arbeitslosigkeit hat sich die ehemalige Pressereferentin finanziell einigermmaßen gefangen. Als Dozentin für Deutsch als Fremdsprache in der Erwachsenenbildung gibt es mehr als genug zu tun. Das ist auch bitter nötig: »Mit einem Honorar von 15 bis 18 Euro pro Stunde muss man einfach jede Menge Stunden kloppen, um über die Runden zu kommen«, erzählt die 47-jährige Kölnerin. Egal ob freiberuflich in einem »Frauenbereich« tätig wie Bremer oder angestellt: Die Erfahrung, mit dem verdienten Geld kaum über die Runden zu kommen, prägt den Arbeitssalltag zahlreicher Frauen in Deutschland.

Denn auch wenn führende Wirtschaftsunternehmen Anfang Juli stolz verkündeten, dass aktuell knapp 28 Prozent der Führungspositionen in Privatunternehmen mit Frauen besetzt sind – die Chancen auf eine gut bezahlte Arbeit und eine kontinuierliche Erwerbsbiografie sind zwischen den Geschlechtern immer noch extrem ungleich verteilt. So beträgt die Lücke zwischen den Gehältern von Frauen und Männern aktuell rund 23 Prozent. Gut Zweidrittel der 400-Euro-Jobs und 85 Prozent der Teilzeitstellen

besetzen Frauen.

Gegenläufige Anreize

Dies belegt auch der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Das darin enthaltene Expertengutachten kommt zu dem Schluss, »dass es der Gleichstellungspolitik in Deutschland trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahren an einem gemeinsamen Leitbild mangelt«. Unter anderem bemängeln die Gutachter, dass dieser Mangel an Konsistenz genau dazu führe, »dass gleichzeitig Anreize für ganz unterschiedliche Lebensmodelle gesetzt werden, oder dass die in einer Lebensphase gewährte Unterstützung abbricht oder in eine andere Richtung weist«.

Was das konkret bedeutet, kennt Hannelore Buls, Leiterin des Bereichs für Frauen und Gleichstellungspolitik bei der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, aus der Praxis: »Da gibt es dann Fälle von jungen Frauen in Hartz-IV-Bezug, die eine geförderte Ausbildung abbrechen müssen, weil der Freund der Mutter in die gemeinsame Wohnung einzieht.« Doch nicht nur das Sozialgesetzbuch II als rechtliche Grundlage für Hartz IV schreibt die in dem »Ernährermodell« verkörperte paternalistische Tradition deutscher Politik fort. »Im Arbeits-, Zivil und Steuerrecht insgesamt ist großer Handlungsbedarf erkennbar«, erklärt Buls.

Neben dem Ehegattensplitting ist dabei den Gewerkschaften vor allem der unheimlich hohe Anteil von Frauen in Minijobs ein Dorn im Auge: »Die 400-Euro-

Jobs sind die größte Geißel der Frauenarbeit«, so Buls. Denn die Hoffnung auf eine gesicherte Existenz kann darüber nicht erfüllt werden, wie auch Gabriele Ulbrich bestätigt, die bei der IG Metall im Ressort Frauen- und Gleichstellungspolitik tätig ist. »Jeder und jede muss vom Einkommen leben können, das geht nicht mit Minijobs und prekärer Arbeit.« So erheben die Gewerkschaften die Forderung nach einer aktiven Gleichstellungspolitik, die mehr beinhaltet als nur eine wachsende Zahl von Frauen in Chefetagen und Aufsichtsräten.

Vernachlässigte Basis

»Die Quote ist ein wichtiger Baustein, aber das setzt ja überhaupt erst einmal sozialversicherungspflichtige erwerbstätige Frauen voraus«, erläutert Ulbrich, deren Arbeitgeber, die IG Metall, selbst seit 2011 die Frauenquote für Aufsichtsräte eingeführt hat: »Ein ausreichendes Einkommen ist die Basis, auf die alle anderen Forderungen, wie etwa die nach garantierter Kinderbetreuung, aufbauen.«

Ebenso wie die Experten im Gutachten des Gleichstellungsberichts fordern die Gewerkschaften nun konkrete Schritte von Seiten der Bundesregierung, Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu begreifen und umzusetzen: »Das Gutachten des Gleichstellungsberichts hat dazu eine gute Vorlage geliefert«, betont Buls, »Freiwilligkeit allein genügt nicht.«

**Wörter:** 557